



Fotos: Richard Lauenstein

Berufsverbote endlich aufarbeiten

Am 24. Januar 2014 erneuerten der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Grant Hendrik Tonne und die Vorsitzende der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Anja Piel mit ihren Unterschriften die Forderung von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und LINKE aus der letzten Legislaturperiode an die Landesregierung, „eine Kommission zur Aufarbeitung der Schicksale der von Berufsverboten betroffenen Personen und der Möglichkeiten ihrer Rehabilitation einzurichten.“

Formen der öffentlichen Darstellung der Rechercheergebnisse. In dieser Kommission sollen neben Vertreterinnen und Vertretern des Landes auch Betroffene, Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften und Initiativen beteiligt werden“ (Drs. 16/5359).

Dazu eingeladen hatten die GEW und vom Berufsverbot Betroffene. Anlass war der 42. Jahrestag des sogenannten Radikalenerlasses, den Bundeskanzler Willy Brandt und die Ministerpräsidenten am 28. Januar 1972

beschlossen hatten. Er begründete eine Jahrzehnte währende Politik der Berufsverbote nahezu ausschließlich gegen Personen des linken politischen Spektrums und vergiftete das politische Klima. Millionen Bewerberinnen und Bewerber und Angehörige des öffentlichen Dienstes wurden mit Hilfe einer Regelanfrage beim Verfassungsschutz auf ihre politische Zuverlässigkeit durchleuchtet, Tausende schließlich wegen Mitgliedschaft in legalen Parteien oder anderer staatsbürgerlicher Aktivitäten diskriminiert und sanktioniert. Vom Europäischen Gerichtshof und weiteren internationalen Institutionen wurde die Berufsverbotepraxis als völker- und menschenrechtswidrig verurteilt. In Niedersachsen wurde sie 1990 aufgehoben. Eine vollständige Rehabilitation ihrer Opfer steht aber immer noch aus.

Die Fraktionsvorsitzenden Johanne Modder (SPD) und Anja Piel (Bündnis 90/Die Grünen) waren auf Anfrage sofort bereit, ihre Forderung aus der Oppositionszeit bei einem Fototermin auf den Treppen des Niedersächsischen Landtages zu wiederholen. Johanne Modder war wegen einer Beerdigung am 24. Januar verhindert. Für sie unterzeichnete Grant Hendrik Tonne in Anwesenheit der stellvertretenden GEW-Landesvorsitzenden Laura Pooth und vom Berufsverbot Betroffener. Alle Anwesenden unterstrichen, dass das mit der Berufsverbotepraxis begangene Unrecht endlich getilgt werden müsse.

Richard Lauenstein



Anja Piel unterschreibt die von Laura Pooth (li) und Matthias Wietzer gehaltene Forderung. Auf dem oberen Bild ganz links: Grant Hendrik Tonne.

Offener Brief

Keine Soldaten unter 18!

In einem offenen Brief forderten die GEW, das Deutsche Bündnis Kinderoldaten, das Forum Menschenrechte und das Darmstädter Signal Bundeskanzlerin Angela Merkel am 12. November 2013 auf, die Kinderrechte auch bei der Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr zu achten: Das Rekrutierungsalter für Soldaten in Deutschland soll auf 18 Jahre angehoben werden und Werbemaßnahmen der Bundeswehr bei Minderjährigen sollen unterbleiben. Das Bündnis von Kinderrechts- und Menschenrechtsorganisationen hatte sich bereits im Oktober 2012 an den damaligen Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière gewandt – erfolglos.

Ein Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention verbietet die Rekrutierung und den Einsatz von Kindern unter 18 Jahren als Soldaten. Gegen eine Ausnahmeregelung, die die Anwerbung Freiwilliger ab 16 Jahren erlaubt, hat sich die große Mehrheit der 151 Vertragsstaaten deutlich ausgesprochen – Deutschland ist einer der wenigen Staaten, die trotzdem davon Gebrauch machen. Jedes Jahr rekrutiere die Bundeswehr rund 1.000 17-jährige Freiwillige, mit steigender Tendenz, erklärt Danuta Sacher, Vor-

standvorsitzende des Kinderhilfswerks terre des hommes.

Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will offenbar das Rekrutierungsalter nicht anheben und auch weiterhin Jugendoffiziere zur Werbung in die Schulen schicken – denn es sei „keine kritikwürdige Praxis“, „wenn Jugendliche für die Berufsorientierung über den Dienst in den Streitkräften informiert werden“, zitiert die HAZ das Verteidigungsministerium am 25.1.2014. Bundeswehr-Werbekampagnen bei Kindern und Jugendlichen würden mit zweistelligen Millionenbeträgen aus Steuergeldern finanziert, beklagt terre des hommes in einer Pressemitteilung und fordert, stattdessen lieber die Friedensbildung an Schulen systematisch zu fördern.

Den Offenen Brief und die Pressemitteilung gibt es unter www.gew.nds.de/schutz-von-kindern

